

Stellwagenverkehr Kagran - Leopoldau - Floridsdorf. Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des Stadtrates Schneider den Personenverkehr mit Kraftstellwagen auf der Linie Kagran - Leopoldau - Floridsdorf auf die Dauer der vom Kriegsministerium verfügten beschränkten Benzol-Zuteilung an die Gemeinde Wien, einzustellen. Als Ersatz hierfür wird in einiger Zeit ein elektrischer Straßenbahnbetrieb nach Leopoldau eingeführt werden. Mit Rücksicht auf die Verwendung von Eisendraht für die Oberleitung wurde auf dieser Linie provisorisch ein Intervall von höchstens 45 Minuten festgesetzt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Status der Stadtbuchhaltung: Robert Scholz, Richard Oberer, Max Stephan und August Bothe zu Rechnungs-Oberrevidenten, Hugo Bruck, Karl Metschl, Oskar Schreiber und Egon Gottwald zu Rechnungs-Revidenten, Leopold Hintermayer, Engelbert Wiletel, Josef Matznetter, Anton Kalasch und Alois Nedomansky zu Rechnungsoffizialen und Franz Thalhammer und Rudolf Vana zu Rechnungs-Assistenten, im Status des Exekutionsamtes: Karl Saletu zum Oberoffizial, Josef Brandstätter zum Offizial, bei der Zentralsparkassa: Georg Koller, Franz Kuras, Johann Kirchberger, Walter Hamernik, Leopold Enzeshofer und Hans Hesse zu Rechnungsbeamten 10. Rangklasse, Heinrich Christlbauer zum Rechnungsbeamten 11. Rangklasse; der Kassier Josef Umbauer wurde in die 9. Rangklasse befördert. Ferner wurde bei den Gaswerken Gustav Kothmayer zum Kanzlei-Beamten, beim Arbeits- und Dienstvermittlungsamte Franz Flener zum Kanzlisten 1. Klasse ernannt und der Offizial der Gemeinde-Friedhöfe Hans Braun in die 9. Rangklasse extra statum befördert.

Auflassung von Filialen der städt. Leichenbestattung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Rain die Auflassung der nachstehenden Filialen der städtischen Leichenbestattung beschlossen: 3. Bezirk Rennweg 38, Erdbergstraße 47, 7. Bezirk Lindengasse 30 und 20. Bezirk Allerheiligenplatz 1.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola die prov. Lehrerin 2. Klasse Irma Hanzlik zur Volksschullehrerin 2. Klasse und den prov. Lehrer 2. Klasse Anton Widhalm zum Volksschullehrer 2. Klasse ernannt.

Herabsetzung der auszugebenden Petroleummenge. Der Magistrat erläßt auf Grund der Statthaltereiverordnung vom 25. Jänner d.J. eine Kundmachung, nach welcher für die Zeit vom 29. April bis 12. Mai auf Grund der Petroleum-Bezugskarte nachfolgende Petroleummengen abgegeben werden: Bei Karten für Wohnungen 1/4 Liter, für in Aftermiete gegebene Wohnräume 1/8 Liter, für Waschküchen, Geschäftslokale oder Heimarbeiterwohnungen 1/2 Liter und bei Karten für die Hausbeleuchtung pro Flamme 1/4 Liter wöchentlich. Die Abgabe des Petroleum für in Aftermiete gegebene Wohnräume erfolgt für zwei Wochen auf einmal, die Abgabe für die übrigen Zwecke wöchentlich.

Die Wohnungs- und Bodenfrage.

Die in der Urania abgehaltene Vortragsreihe „Großstadtfragen“ wurde heute mit einem Vortrage des Vorstandes des Wohnungsamtes der Stadt Wien, Magistratsrat Dr. Sagmeister, über „Wohnungs- und Bodenfrage“ fortgesetzt.

Der Vortragende bemerkte einleitend, daß die Wohnungsfrage zur Zeit wohl nicht die Tagesfrage sei, umso mehr aber die Frage der Zukunft. Er erinnerte an ein Wort Napoleons: „Drei Viertel der Menschen kümmern sich um das Notwendige erst dann, wenn sie das Bedürfnis fühlen, aber gerade dann ist es nicht mehr Zeit.“ Rechtzeitige Vorsorge ist umso mehr geboten, als die praktische Wirkung behördlicher Maßnahmen nicht überschätzt werden darf. Uebrigens ist jede Verordnung ein Eingriff in einen lebenden Organismus und erheischt größte Behutsamkeit.

Von den 540.990 Wiener Wohnungen standen bei der letzten Zählung (Mai 1914) 7516 oder 1.39 % leer, von den 1,352.000 Großberliner Wohnungen 61.770 oder 5.5 % nach einer allerdings erst im Mai 1916 erfolgten Zählung.

Die neuerliche Wohnungszählung in Wien wurde mit dem Stichtage vom 14. April d.J. vorgenommen und ist in Durchführung begriffen, ebenso ist der städtische Wohnungsnachweis in Vorbereitung, welchem eine wichtige Doppelfunktion zukommt, einmal der leichtere Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, dann aber auch die fortlaufende Uebersicht über die Gestaltung des Wohnungsmarktes.

Wider Erwarten hat sich das Wiener Wohnungswesen im Kriege vergleichsweise günstiger gestaltet als im Frieden. Die Klagen über Schwierigkeit in der Zinszahlung und über ungleichförmige Praxis von Mieteinigungsämtern oder ähnlichen Einrichtungen sind in Berlin lebhafter als in Wien, in Paris ist eine förmliche Anarchie im Wohnungswesen die Folge des Krieges geworden und in Petersburg sind die Wohnungen bis auf den doppelten Preis gestiegen. Auch in England waren große Zinssteigerungen und vielfach Unruhen aus diesem Anlasse zu verzeichnen.

Der Redner erörtert die Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbüros, betont das vielfache Entgegenkommen der Hausbesitzerschaft, erwähnt die Novellierung des Mietrechtes und verschiedene Aktionen der Gemeinde, die Möbelleinlagerung usw. - Ueber die bisherigen Ergebnisse der Mieterschutzverordnung bringt der Redner einige interessante Zahlen. Im Monate März wurden bei den 21 Mietämtern 346 Anträge eingebracht, wovon 273 nach Verhandlung entschieden wurden. In 39 Fällen wurde die Zinssteigerung als zulässig erklärt, in 59 als teilweise zulässig, in 175 als unzulässig. Eine Anzahl Anträge wurde zurückgezogen, Vertagungen waren sehr selten. Wegen der Mietzinssteigerung für Geschäftslokale wurden die Mietämter nur in 15 Fällen in Anspruch genommen.

Sehr bemerkenswert ist das Abstimmungsverhältnis in den Senaten, welche aus einem Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus Hausbesitzerschaft und Mieterschaft bestehen. In 253 Fällen war Einstimmigkeit zu verzeichnen, in 10 Fällen bildeten Vorsitzender und Mietervertreter, in 9 Fällen die Vertreter der Hausbesitzer und Mieter, in einem Falle Vorsitzender und Vertreter der Hausbesitzer die Majorität. Das Ueberwiegen der Einstimmigkeit beweist die Sachlichkeit der Verhandlungen und die Zurückstellung einseitiger Bestrebungen. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Verordnung manche Härten für die Hausbesitzerschaft enthält und nicht als dauernde Abhilfe gelten kann. In letzter Hinsicht möchte Redner und zwar betreffs aller Großstädte vor Optimismus warnen. Bei starker Zuwanderung sei die Schaffung von Wohnungen in genügender Zahl mindestens für die erste Zeit nach dem Kriege physisch nicht möglich, auch die Erstellung billiger Wohnungen dürfe nicht erhofft werden. Eher könnte das dritte Hauptziel - die Schaffung gesunder Wohnungen verwirklicht werden.

Der Redner erörtert in diesem Zusammenhang die Frage der Bauordnung, der Wohnungsinspektion und der Wohnungsergänzung durch Schrebergärten, welche sich im Kriege als eine Einrichtung von größter Bedeutung bewährt haben. Ihnen wird in den Verbauplänen aller Städte ein dauerndes, ständiges, als Schrebergarten zu erhaltendes Gebiet zuzuweisen sein. Diesem Gebiete sind zweckmäßig Jugendspielplätze und andere dem öffentlichen Wohle gewidmete Freiflächen anzugliedern.

Gründliche Besserung des Wohnungswesens - allerdings in ferner Zukunft - ist nur durch eine Reform des ganzen Siedlungswesens zu erreichen. Bodenreform und weitausschauende Bodenpolitik, Erschließung neuer großer Verbaugengebiete durch Schnellbahnen, Bereitstellung großer und niedrig verzinslicher Kapitalien für Klein- und Mittelwohnungen, allmählicher Uebergang von der vielgeschoßigen Bauweise zum Flachbau, Dezentralisation der städtischen Industrie-, Unterrichts- und Geschäftsviertel, Einführung der einheitlichen Arbeitszeit - alle diese vom Redner näher erörterten Momente müßten ineinandergreifend, gleichzeitig und in großem Umfange zur Geltung gelangen, um einen Erfolg herbeizuführen.

Solange eine so durchgreifende Aenderung unseres ganzen Wohnungswesens nicht möglich ist, muß wenigstens durch Ausbau der vorhandenen Einrichtungen dem dringendsten Bedarfe genügt werden. In dieser Beziehung wird namentlich für die kinderreichen Familien durch Sonderbestimmungen in steuerrechtlicher und sonstiger Art eine Erleichterung zu schaffen sein. Die Zahl dieser kinderreichen Familien dürfte sich übrigens als nicht zu groß herausstellen und durch den starken Geburtenrückgang der letzten Jahre noch weiter vermindern. Nach der letzten Zählung sind von 304.000 Haushalten mit Kindern nur 40.000 mit 4 und mehr Kindern, auf die Familie entfallen in Wien nach der letzten Zählung (1910) nur 2.3 Kinder. Die ideale Verbindung einer gesunden Wohnungs-, Siedlungs- und Bevölkerungspolitik stellt die Kriegerheimstättenbewegung dar. Redner betont besonders den Zusammenhang zwischen Siedlungspolitik auf dem Lande und in der Stadt - ein Zusammenhang, der so eng ist, daß die Wohnungsfrage als Großstadtfrage allein kaum restlos zu lösen ist. Den Bedenken, welche allen großzügigen Versuchen der Lösung in finanzieller Hinsicht entgegengehalten werden, begegnet Redner mit dem Hinweis auf die unwidersprochen gebliebenen großen Anforderungen für andere Zwecke, auf die Erfahrungen der Vergangenheit, insbesondere die weitausgreifende Kolonisation Friedrichs des Großen in einem durch vieljährige Kriege schwer verarmten Lande, auf die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für die ersten Eisenbahnbauten und das Werk Friedrich List's.

Mit einem Hinweis auf die siegreiche Macht des Gedankens, der auch auf diesem Gebiete, wenn er zum Gemeingute aller geworden sei, die schlummernden Kräfte wecken und bisher für unmöglich Erachtetes erreichbar machen werde, schloß der Redner seine Ausführungen, die mit lebhaftem Beifalle aufgenommen wurden.